



Berthold Huber

Erster Vorsitzender der IG Metall

1. Mai. 2008

Kundgebung in Wolfsburg

Gute Arbeit muss drin sein

Es gilt das gesprochene Wort

Sperrfrist: Redebeginn

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Mit diesem Satz beginnt unser Grundgesetz.

Das ist kein Zufall. In Artikel 1 steht nicht geschrieben: Die Würde des Menschen ist antastbar, wenn es der Wettbewerb erfordert. Sie ist antastbar, wenn es Großaktionäre beschließen. Oder: Sie ist antastbar, wenn die Deutsche Bank 25 Prozent Rendite erwirtschaften will.

Das Gebot unseres Grundgesetzes ist eindeutig: Die Würde des Menschen ist das Maß der Dinge und nicht der Profit.

Dieses Gebot muss für die Wirtschaft gelten. Es muss auch für die Politik gelten. Denn der zweite Satz in unserem Grundgesetz heißt: Die Würde des Menschen „zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Der zweite Satz heißt nicht: Der Markt regelt alles und die staatliche Gewalt schaut zu.

Aber jeder weiß: Papier ist geduldig. Tagtäglich erleben wir, wie die Würde des Menschen verletzt wird:

Durch Arbeitslosigkeit.

Durch Löhne, die nicht zum Leben reichen.

Durch ungesicherte Arbeitsplätze.

Durch ungleiche Bildungschancen.

Durch fehlende Ausbildungsplätze,

aber auch durch Rente mit 67, obwohl viele schon mit 60 kaputt sind.

Damit wollen, damit können, damit werden wir uns nicht abfinden.

Ein ungezügelter Kapitalismus spaltet die Gesellschaft, zerstört die Grundfesten unserer Demokratie. Bis weit in die gesellschaftliche Mitte hinein sind Menschen existenziell verunsichert, ängstigen sich vor der Zukunft, haben Angst vor Abstieg und Ausgrenzung.

In einer solchen Gesellschaft wollen wir nicht leben. Wir wollen eine gerechte Gesellschaft, in der es fair zugeht. In der niemand ausgegrenzt und gedemütigt wird. In der Menschen ihr Leben eigenverantwortlich gestalten können. In der sie in Würde leben können.

Ein Leben in Würde geht nur, wenn die soziale Kluft in unserem Land überwunden wird, wenn der Reichtum gerecht verteilt wird. Nicht nur „die da oben“, auch „die da unten“ haben ein Recht auf ein anständiges Leben, das Recht auf ein gutes Leben.

Dafür brauchen wir eine Gesellschaft, in der sich wirtschaftliches und politisches Handeln am Gemeinwohl orientiert. Eine Gesellschaft, in der Menschen mehr sind als ein Rädchen im Wirtschaftsgetriebe, das jederzeit ausgetauscht werden kann. Eine Gesellschaft, in der nicht der Höchstprofit, sondern Arbeitsplätze, Einkommen, Umwelt und Gerechtigkeit wirtschaftliches Handeln bestimmen.

Ohne „Gute Arbeit“ ist ein gutes Leben nicht möglich. Darum unser Motto zum 1. Mai: „Gute Arbeit muss drin sein“.

Zu guter Arbeit gehören:

sichere Arbeitsplätze und gute Einkommen, die ein anständiges Leben möglich machen,

gute Arbeitsbedingungen am Band genauso wie im Büro - Arbeit darf nicht krank machen

gute Bildung, genauso wie ein Recht auf Weiterbildung für alle,

und schließlich: mehr Mitbestimmung und Demokratie am Arbeitsplatz und im Unternehmen.

Erst damit können wir der Würde aller Menschen im Alltag Geltung verschaffen.

Deshalb hat die IG Metall auch die Kampagne „fair leihen“ gestartet. Leiharbeiter sind keine Menschen zweiter Klasse. Sie haben wie alle anderen Beschäftigten auch Anspruch auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Dafür informieren wir in der Öffentlichkeit, dafür machen wir Druck in den Betrieben.

Unser Kampf für eine faire Bezahlung ist ein Kampf für Gerechtigkeit. In Artikel 23 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte heißt es: „Jeder, ohne Unterschied, hat das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit.“ Wir dürfen es nicht zulassen, das Unternehmen dieses elementare Menschenrecht außer Kraft setzen, dass sie Leiharbeit zur Lohndrückerei missbrauchen.

Lasst es mich so zugespitzt formulieren:

Privateigentum, das die Menschenwürde nicht achtet,

Privateigentum, das sich nicht am Allgemeinwohl orientiert,

ist Diebstahl an der Gesellschaft.

Kolleginnen und Kollegen,

auch dies möchte ich sagen: In unserem Grundgesetz heißt es nicht: Die Würde des deutschen Mannes ist unantastbar. Die Menschenrechte gelten nicht nur für ein Geschlecht oder für eine Nationalität.

Menschenrechte sind unteilbar. Sie müssen für alle Menschen gelten, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht oder ihrer Hautfarbe. Ob Männer oder Frauen, ob Deutsche oder Migranten - alle Menschen sind gleich - und haben deshalb auch gleiche Rechte.

Nationalismus, Rassismus und Chauvinismus sind Angriffe auf die Menschenwürde, die wir niemals akzeptieren werden!

Fast auf den Tag genau vor 75 Jahren, am 2. Mai 1933, haben die Nazis die Gewerkschaftshäuser gestürmt, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter verhaftet, gefoltert und viele getötet. Naziterror, Krieg und Holocaust kostete unzähligen Menschen das Leben.

Deshalb ist der Kampf gegen Nationalismus und Rassismus für uns nicht nur moralische und politische Pflicht; es ist für uns im wahrsten Sinne des

Wortes eine existenzielle Auseinandersetzung. Und die führen wir nicht nur am 1. Mai.

Kolleginnen und Kollegen,

zur Menschenwürde gehört, dass die Menschen ihr Leben selbst bestimmen, dass sie eine eigene Existenz aufbauen, dass sie in Gesellschaft und Betrieb mitbestimmen können. Menschen dürfen nicht Freiwild im Jagdrevier eines ungezügelten Kapitalismus sein.

Nokia und Elektrolux sind keine Einzelfälle. Gnadenlos gehen Manager im Finanzmarktkapitalismus über Existenzen und Regionen hinweg.

Wir demonstrieren am 1. Mai nicht, um das zu bejammern. Wir demonstrieren, um das zu bekämpfen. Wir demonstrieren, um die Dinge zum Guten zu verändern.

Wir haben im VW-Gesetz Mitbestimmungsregeln, die über das deutsche Mitbestimmungsgesetz hinausgehen. Ohne Zustimmung der Arbeitnehmervvertretung im Aufsichtsrat gibt es keine Verlagerung und Werkschließung. Und ich sage: Das ist gut so!

Das ist gut für die Beschäftigten, das ist gut für den sozialen Frieden und das ist gut für das Unternehmen.

Wir lassen am VW-Gesetz nicht rütteln. Die IG Metall wird Widerstand gegen all' diejenigen leisten, die das Gesetz abschaffen wollen, um über die Köpfe der Beschäftigten hinweg im Konzern zu herrschen, um alles aus dem Unternehmen herauszupressen und die letztendlich - da machen wir uns nichts vor - das Gesetz abschaffen wollen, um Werke zu schließen, wenn sie damit die Renditeansprüche ihrer Anleger erfüllen können.

Wir wollen nicht weniger VW in Deutschland, wir wollen, dass alle Beschäftigten über Mitbestimmungsrechte wie bei VW verfügen. Wir wollen mehr VW und weniger Nokia und AEG-Electrolux und all die vielen Fälle von Arbeitsplatzvernichtung aus reiner Jagd nach Profit!

Kolleginnen und Kollegen,

wir kritisieren ins unermesslich steigende Managergehälter, während gleichzeitig Reallöhne sinken und Armut in Deutschland wächst.

„Leistung muss sich lohnen“. Ja - das stimmt. Aber vielen Spitzenmanagern in diesem Land sind offenbar alle moralischen und

ethischen Normen abhanden gekommen, wie hoch welche Leistung zu bewerten ist.

Wird die Leistung der abhängig Beschäftigten anständig bezahlt, dann ist dies angeblich eine Kostenbelastung, die der Wettbewerbsfähigkeit schadet.

Werden unfähigen Managern, die Arbeitsplätze vernichten, noch Millionen hinterher geschmissen, dann wird dies „leistungsgerechte“ Bezahlung genannt.

Das ist unmoralisch. Das spricht jedem Sinn für Gerechtigkeit Hohn.

Das kritisieren wir zu Recht.

[Einschub zu Managergehältern:]

Die Einkommen der Vorstände der DAX-Unternehmen haben sich im letzten Jahrzehnt vom 14-fachen des jeweiligen durchschnittlichen Belegschaftsgehaltes auf wundersame Weise auf das 44fache erhöht. Wer soll da glauben, das habe was mit gerechter Entlohnung zu tun? Aber es geht nicht nur darum, den moralischen Zeigefinger zu heben. Sondern es geht darum, etwas zu tun. Die SPD hat dazu aktuell einen Vorschlag

gemacht. Sie fordert vor allem mehr Transparenz, konkrete Kriterien für die Angemessenheit der Vorstandsgehälter und die Beschränkung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Vorstandsbezügen.

Ich sage ausdrücklich: Diesen Weg halte ich für richtig! Es ist richtig, wenn Transparenz über die Vorstandseinkommen hergestellt wird. Es ist genauso richtig, konkrete Kriterien für angemessene Bezüge zu entwickeln, die nicht nur auf den kurzfristigen shareholder value, sondern auf die langfristige Unternehmensentwicklung gerichtet sind. Und es ist erst recht richtig, wenn die Subventionierung von zum Teil exorbitanten Einkommen durch den Steuerzahler künftig wenigstens begrenzt wird.

Die Kritik, die jetzt von manchem zu hören ist, verdreht die Wahrheit. Es ist weder Symbolpolitik, noch ein Angriff auf die Vertragsfreiheit und erst recht keine Doppelbesteuerung, wenn Managergehälter den Anforderungen „Transparenz“ und „Gerechtigkeit“ unterworfen werden.

Kolleginnen und Kollegen,

wenn wir an andere hohe moralische Ansprüche haben, dann müssen wir sie auch selber erfüllen. Unser Kapital als Gewerkschafterin und Gewerkschafter ist nicht das Geld. Unser Kapital liegt nicht auf einem Nummernkonto in der Schweiz.

Unser Kapital ist die Glaubwürdigkeit.

Es ist unser höchstes Gut, das wir nicht verspielen dürfen. Weder leichtfertig noch kühl kalkuliert zum eigenen Vorteil.

Alle, die wir verantwortliche Funktionen in Betrieb und Gewerkschaft haben, müssen uns täglich fragen, nutzt das, was wir tun, den Interessen der Menschen, die uns gewählt haben.

Wir müssen uns gegenseitig davor schützen, im Glanz der eigenen Macht und Herrlichkeit den Boden unter den Füßen zu verlieren.

Ich weiß: Das ist nicht leicht. Wenn kriminelle Energie dazukommt, ist es kaum zu erkennen. Trotz alledem: Wir müssen auch aus bitteren Erfahrungen und menschlichen Niederlagen lernen.

Denn Glaubwürdigkeit ist unser wichtigstes Kapital. Das dürfen wir nicht beschädigen lassen, das müssen wir jeden Tag neu erarbeiten.

Kolleginnen und Kollegen,

die jüngste Finanzmarktkrise kostet nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds die gigantische Summe von einer Billion Dollar. Mein Mitleid mit Milliardenpekulanten und Profithaien hält sich in Grenzen.

Als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter können wir aber nicht zusehen, wie an den Finanzmärkten Abermilliarden verzockt werden, wenn gleichzeitig droht, dass dadurch ganze Volkswirtschaften gefährdet werden. Das kann Millionen Menschen die Existenz kosten.

Die Tatenlosigkeit der Politik ist doppelt skandalös. Erstens, weil sie der gefährlichen Finanzspekulation keine Grenzen gesetzt hat. Weder national, europäisch noch weltweit.

Sie ist zweitens skandalös, weil der US-Hypotheken-Tsunami mit all seinen verheerenden Folgen, auch für Deutschland und Europa, nicht überraschend kam. Unabhängige und sachkundige Experten haben seit langem gewarnt.

Und es ist drittens skandalös, dass Manager und Politiker, die wirtschaftlich oder politisch für die Fehlspekulationen verantwortlich sind, nicht haften müssen. Im Gegenteil: Der Abschied vom Vorstandsposten oder vom Amt

des Ministerpräsidenten wird ihnen auch noch mit Millionen-Abfindungen oder einer stattlichen Pension versüßt.

Stattdessen soll der Staat zahlen. Der Staat, das sind wir, alle Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Ob es die IKB ist, die WestLB, die BayernLB, oder die sächsische Landesbank. Wir zahlen die Zeche. Selbst die privaten Großbanken können ihre Milliardenverluste steuerlich abschreiben.

„Nicht mitgegangen, aber dennoch mitgehangen“ - dieses Prinzip spricht jeder demokratischen Wirtschaftsordnung Hohn. Bei der Lastenverteilung der Finanzkrise wird das Verursacherprinzip aus den Angeln gehoben; manch einer, der wegen der US-Immobilienpleite direkt oder indirekt seinen Arbeitsplatz verliert, muss auch noch mit seinen Steuergeldern für den Schaden der spekulierenden Banken aufkommen.

Gewinne privatisieren -Verluste sozialisieren: Das ist keine soziale Marktwirtschaft. Das ist kapitalistische Raubwirtschaft!

Kolleginnen und Kollegen,

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“. Dieses Gebot unseres

Grundgesetzes kommt im Finanzmarktkapitalismus unter die Räder, wenn wir es in Betrieb und Gesellschaft nicht tagtäglich verteidigen und uns dafür einsetzen.

Damit wir aber durchsetzungsfähig bleiben, damit wir noch stärker werden, brauchen wir mitgliederstarke Gewerkschaften. Und wir brauchen einen starken DGB. Denn für sozialen Fortschritt müssen wir alle an einem Strang ziehen.

Auch heute gilt, was Friedrich Schiller schrieb: „Verbunden werden auch die Schwachen mächtig.“

Danke schön.